

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche

Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 7

vom 22. Februar 2013

Redaktion: Katja
Richardt

Senat

Bürgermeister Scholz benennt politische Vorhaben und Ziele des Senats für die zweite Hälfte der Wahlperiode 2

Arbeit, Soziales und Familie

Hamburg klagt gegen das Betreuungsgeldgesetz 7

Gesundheit und Verbraucherschutz

Pferdefleischfund auch in Hamburg 11

Nationaler Aktionsplan nach Pferdefleischfunden 13

Schule, Jugend und Berufsbildung

Stadtteilschulen bringen Abiturquote auf Rekordniveau 15

Rechtes Alsterufer besiegt linkes Alsterufer in letzter Sekunde 20

Umwelt und Energie

MoRU und DOMO sind Hamburgs „Umweltfreundlichste Produkte“ 22

Hamburger Offshore Wind Konferenz 24

Wissenschaft und Forschung

Hervorragende Forschungsarbeiten zur Ozeanographie ausgezeichnet 26

Kultur

Das Frauenmusikzentrum bleibt in Ottensen 28

Zur Information

Terminkalender 29

19. Februar 2013/pr19

Plan für eine längerfristig ausgerichtete Politik – Planen für die Zukunft der Stadt Hamburg

- **Bürgermeister Scholz benennt politische Vorhaben und Ziele des Senats für die zweite Hälfte der Wahlperiode**
- **Wohnungsbau „wichtigste Aufgabe über Jahre hinweg“**
- **„Es gibt wieder Pläne für die Weiterentwicklung der großen Stadt Hamburg“**

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat den Wohnungsbau und die Weiterentwicklung der modernen Stadt als „wichtigste Aufgaben für Hamburg über die nächsten Jahre hinweg“ bezeichnet. Für die Weiterentwicklung der großen Stadt Hamburg gebe es wieder Zukunftspläne, sagte Scholz am Dienstag bei einer Pressekonferenz zum Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode. Scholz hatte unmittelbar nach dem Regierungswechsel „das Fehlen jeglicher Pläne für die Zukunft Hamburgs“ als seine „größte Überraschung“ bezeichnet. Der Senat habe umgesteuert, etwa beim Wohnungsbau. „Der Wohnungsbau ist das nach wie vor wichtigste Thema in Hamburg. Wir werden hier nicht nachlassen. Und wir werden in dieser Stadt nie wieder damit aufhören, Wohnungen zu bauen“, sagte der Bürgermeister. Es sei generell notwendig, die Perspektive des Regierungshandelns bis in die 20er und 30er Jahre des Jahrzehnts zu erweitern. Hamburg habe die Chance, durch weiteres Wachstum Wohlstand und Lebensqualität weiter zu verbessern. Scholz warb für ein Verständnis von Politik, das langfristig angelegt ist. „Wir beschäftigen uns heute auch mit der Frage, wie unsere Stadt im Jahr 2030 aussieht. Wir treffen in der Gegenwart die Entscheidungen, damit unsere Stadt in der Zukunft die Chance auf Fortschritt nutzen kann, die ihr das Wachstum gibt“, sagte Scholz. Er verwies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Stadtentwicklungs- und die Bildungspolitik sowie auf das Ziel, den Hamburger Haushalt zu konsolidieren.

Gerade in der Finanzpolitik habe der Senat umgesteuert und orientiere sich nicht an kurzfristigen Entwicklungen und Schwankungen bei den Einnahmen. Der Senat habe sich auf den Weg gemacht, den **Hamburger Haushalt** in Ordnung zu bringen. Das vorläufige Ende dieses Weges sei im Jahr 2020 erreicht, wenn die Schuldenbremse greift. Die in schneller Folge wechselnden – und teilweise widersprüchlichen - Steuer- und Konjunkturprognosen zeigten, wie richtig es ist, langfristig zu denken und zu planen. „Die Ausgaben dürfen in Hamburg nicht um mehr als ein Prozent steigen. Wenn wir den Anstieg der Ausgaben begrenzen, können wir es schaffen, spätestens 2019 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Unser finanzpolitischer Kurs unterscheidet sich also grundlegend von dem, was über viele Jahre in vielen Ländern und Kommunen praktiziert wurde: Großzügigkeit in guten Jahren, hektische – und häufig wirkungslose – Sparbemühungen in den schlechten.“

Beim Thema **Kinderbetreuung und Bildung** zeigte sich Scholz optimistisch. „Hamburg hat eine Vorreiterrolle. Wir werden, was die Qualität von Kitas, Schulen und Hochschulen angeht, die modernste Stadt im Westen Deutschlands sein.“ Aktuell sei die größte Herausforderung der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz vom ersten Lebensjahr eines Kindes an. „Am 1. August des laufenden Jahres werden wir die Großstadt in Westdeutschland sein, die dieses Ziel erreicht hat“, sagte Scholz. „In zwei Jahren werden wir ein flächendeckendes Angebot an Krippen- und Kita-Plätzen haben. Nahezu alle Grundschulen werden ihre Schülerinnen und Schüler ganztägig betreuen können. Gleiches gilt für die meisten weiterführenden Schulen“, betonte der Erste Bürgermeister. Der Übergang von der Schule in die Berufstätigkeit sei – auch aufgrund der neu gegründeten Jugendberufsagentur – besser organisiert als bisher. Die Studiengebühren seien abgeschafft. „Und man kann in Hamburg nicht nur an den Gymnasien sondern auch an den Stadtteilschulen das Abitur machen – positive Folge des vor knapp drei Jahren geschlossenen überparteilichen Schulfriedens.“

Scholz kündigte einen Ausbau des Wissenschaftsstandortes Hamburg an. Am DESY werde ein Max-Planck-Institut entstehen, auf dem DESY-Campus sei das „Zentrum für strukturelle Systembiologie“ auf den Weg gebracht, und Hamburg werde sich weiter um ein Fraunhofer-Institut bemühen. Gleichzeitig müsse es darum gehen, die Hochschulen und Forschungsinstitute enger miteinander zu vernetzen.

Scholz sprach sich für ein „ressortübergreifendes und langfristig angelegtes **Verständnis von Politik**“ aus, bei dem die Zukunft der Städte insbesondere aus der Perspektive von berufstätigen Eltern entwickelt wird. „Wenn Eltern gut zurechtkommen, ist das gut für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft der Stadt. Positive Entwicklung und optimistische Grundüberzeugung würden dazu führen, dass sich künftig noch mehr Unternehmen in Hamburg ansiedeln. „Denn sie wissen, dass ihre Beschäftigten in Hamburg Familie und Beruf miteinander vereinbaren können.“

Der Senat fühle sich diesen Unternehmen wie der gesamten Hamburger Wirtschaft verpflichtet und verbunden. „Unser Ziel ist auch das **Wohlergehen der Wirtschaft**. Deshalb wollen wir für die Unternehmen in der Hafenstadt Hamburg gute Bedingungen schaffen“, sagte Scholz. Wirtschaftliches Wachstum werde insbesondere an den „Knotenpunkten der weltweiten Waren- und Produktströme“ registriert. Dieses Wachstum sei nicht auf Dienstleistungen oder Logistik beschränkt, sondern erstrecke sich auch Industrieunternehmen. „Hamburg ist auch eine Industriestadt - mit dem Hafen im Zentrum und Kupfer-, Stahl-, Aluminium- und Chemiewerken im Herzen der Stadt“, sagte Scholz.

Um den weiteren Zuzug nach Hamburg zu gewährleisten, müssten mehr **Wohnungen** gebaut werden. „Hamburg wächst. Wir müssen dafür sorgen, dass Hamburg weiterhin eine attraktive, lebenswerte Stadt am Wasser bleibt. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die eine Wohnung suchen, auch eine finden. Eine steigende Einwohnerzahl und wirtschaftliches Wachstum stehen nicht im Gegensatz zu einer hohen Lebensqualität“, betonte Scholz. Die Zahl von 8761 erteilten Genehmigungen für den Bau neuer Wohnungen allein im vergangenen Jahr zeige, „welch große Leistungen möglich sind, wenn Senat, Bezirke und Wohnungswirtschaft an einem Strang ziehen.“

Mit der **Internationalen Bauausstellung (IBA)** und der **Internationalen Gartenschau (igs)** setzt Hamburg auch international beachtete Maßstäbe in der Stadtentwicklung. „Wilhelmsburg - nach Manhattan die zweitgrößte bewohnte Flussinsel der Welt - wird national und international ins Bewusstsein kommen. Dort entstehen derzeit die modernsten Häuser unserer Stadt – durchaus als ein Beitrag zur Energiewende, zu der auch ein effizienterer Energieeinsatz und die verstärkte

Nutzung erneuerbarer Energien gehören. Viel ist über den „Sprung über die Elbe“ gesprochen worden. Wir werden ihn erleben.“

Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Arbeit in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode sei die **Energiewende** – in Hamburg wie auf Bundesebene. "Hamburg schafft die Energiewende“, zeigte sich der Erste Bürgermeister sicher. „Dafür bauen wir die Fernwärme aus, dafür bauen wir ein neues Gas- und Dampfkraftwerk in Wedel, das das bestehende Kohlekraftwerk ersetzt. Wir entwickeln und nutzen moderne, hocheffiziente Speichertechniken. Und wir wollen die Nutzung und die Weiterentwicklung der Windenergie in Norddeutschland vorantreiben.“ Es sei eine richtige Entscheidung gewesen, die Energiewende nicht *gegen* sondern *mit* den am Standort Hamburg ansässigen Energieversorgungsunternehmen anzugehen. Hamburg habe Einfluss auf die strategischen Entscheidungen der Unternehmen, handele aber nicht allein, sondern gemeinsam mit Energieversorgern, Industrie bis hin zu Hausbesitzern und Privatkunden. Das kürzlich im Rathaus durchgeführte Energieforum sei Beweis dafür, dass eine Kooperation vieler an der Energiewende Beteiligter möglich ist - „zugunsten des Klima- und Umweltschutzes und zugunsten der Versorgungssicherheit von Großkunden und Kleinverbrauchern“, sagte Scholz.

Teil der „Hamburger Energiewende“ sei unter anderem die zwischen Stadt und Unternehmen vereinbarte 25,1 Prozent-Beteiligung an den **Versorgungsnetzen** für Strom, Gas und Fernwärme und die damit verbundenen Investitionen der Unternehmen in moderne Energieproduktion und -nutzung. „Eines ist klar: Mit dieser Beteiligung an den Netzen gewinnt Hamburg mehr Einfluss auf die strategische und operative Unternehmenspolitik der Energieversorgungsunternehmen, als das bei einer hundertprozentigen Übernahme der Fall wäre“, unterstrich Scholz.

Für den vollständigen Rückkauf der Netze würde die Stadt - erstens - mindestens zwei Milliarden Euro ausgeben müssen – „Geld, das wir an anderer Stelle dringend brauchen“, wie Scholz sagte. Und zweitens sei Hamburg dann lediglich im Besitz von Rohren, Kabeln und Leitungen. „Einfluss auf die Energieerzeugung hätten wir damit nicht. Und die Frage, wie die Energiewende in Hamburg vorankommt, würde weitgehend ohne die Stadt beantwortet. Die dafür relevanten Investitionen und Entscheidungen finden nämlich außerhalb der Verteilnetze statt.“ Der Anteil Hamburgs von 25,1 % reiche aus, um im Sinne der Hamburger Bürgerinnen und Bürger die richtigen Entscheidungen zu treffen. Mit Blick auf den im September anstehenden **Volksentscheid** zeigte sich Scholz zuversichtlich: „Die Hamburgerinnen und Hamburger sind kluge Leute. Sie wollen nicht zwei Milliarden Euro ausgeben, um anschließend das Ende der Hamburger Energiewende zu erleben.“

Auf Bundesebene müsse es in den kommenden Jahren primär um den Ausbau und die Anbindung der Offshore-Windparks und um die Lückenschließung im Stromleitungsnetz gehen. Wie bei den Themen NPD-Verbotsverfahren, Wohnungsbau und Mieterschutz oder Frauenquote werde sich Hamburg auch bei der Energiewende weiterhin an den politischen Diskussionen auf Bundesebene beteiligen.

Im Verfahren um die **Fahrrinnenanpassung** der Elbe erwartet Scholz eine Entscheidung im vierten Quartal dieses Jahres. „Wir haben alles uns mögliche getan, damit diese nötige Infrastrukturmaßnahme kommen kann. Wir haben das Einvernehmen der EU-Kommission, die Zustimmung unserer Nachbarländer und einen Planfeststellungsbescheid. Wir sind bei diesem Projekt also weiter, als Hamburg jemals war. Jetzt gibt es ein Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht, mit dem man rechnen konnte – schließlich gibt es bei den meisten großen Infrastrukturvorhaben der Bundesrepublik Kritiker, die den Rechtsweg beschreiten. Hamburg hofft im Streit um die Fahrrinnenanpassung auf eine schnelle Entscheidung.“

Scholz warnte in diesem Zusammenhang davor, einen künstlichen Gegensatz zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz zu konstruieren. „Für den Senat gilt: **Wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz sind keine Gegensätze**. Mit dem von manchen angedachten Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum würde die große Stadt ihre Entwicklungsperspektiven beschneiden – und die Perspektiven derjenigen, die in ihr leben und künftig hier leben wollen“, sagte Scholz. Der Senat wolle dementsprechend die Elbe als Wasserstraße nutzen *und* die Umweltqualität des Elbästuars durch massive Investitionen in Ausgleichsmaßnahmen sichern. „Das ist eine Grundlage, um den Wohlstand in Hamburg zu erhalten und zu mehren“, hatte Scholz zuletzt in seiner Rede vor dem Überseeclub (*Link siehe unten*) gesagt. „Kluger Umweltschutz gehört für die grüne Metropole Hamburg selbstverständlich dazu“, so Scholz.

Auch in anderen Bereichen – etwa dem Straßenverkehr in Hamburg – gelte: „Nicht mit Verzichtsrhetorik und fragwürdigen Einschnitten in die Entfaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sondern mit Entwicklung und Einsatz moderner Technik können wir Hamburg als lebenswerte Stadt erhalten und gleichzeitig weiter entwickeln. Wir wollen Wachstum ermöglichen, indem wir die Umwelt schützen – und nicht die Umwelt schützen, indem wir Wachstum verhindern“, sagte Scholz.

In der **Medienpolitik** müsse es weiter darum gehen, ein Milieu zu schaffen, dass für die gesamte Medienbranche in ihrer Vielfalt attraktiv ist. Es sei richtig, dass am Medienstandort Hamburg die Fragen diskutiert werden, die für die gesamte Branche eine wichtige Rolle spielen, „denn an wenigen Standorten sind die Medien in einer so großen Bandbreite vertreten wie in Hamburg – von Buch- und Presseverlagen über Radio- und Fernsehsender, Film und Musikwirtschaft bis zu Werbung, zu digitalen Medien, Games und Social Media“, sagte Scholz. „Es bleibt auch in Zukunft eine Aufgabe des Senats, dafür zu sorgen, dass die Medien ihre wichtige Funktion innerhalb der Demokratie ausüben können.“

Weiterführende Links:

Bilanz: Aktuelle Übersicht über **Projekte und Vorhaben der Fachbehörden** in der laufenden Legislaturperiode: www.hamburg.de/halbzeitbilanz-senat

„Hamburg – eine dynamische Stadt wandelt sich“; **Rede des Ersten Bürgermeisters vor dem Überseeclub** am 30. Januar 2013:

<http://www.hamburg.de/contentblob/3813788/data/2013-01-30-dynamische-stadt.pdf>

Arbeitsprogramm des Senats: <http://www.hamburg.de/arbeitsprogramm-senat/>

Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters zum Beginn der 20. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft: <http://www.hamburg.de/senat/2830432/regierungserklaerung-scholz.html>

Rückfragen der Medien:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Tel.: 0404283122 44

Mobil: 01702881809

E-Fax: 040427915143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

20. Februar 2013/basfi20

Hamburg klagt gegen das Betreuungsgeldgesetz

Senat reicht Klage beim Bundesverfassungsgericht ein

Am heutigen Mittwoch hat der Hamburger Senat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage gegen das umstrittene Betreuungsgeldgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung eingereicht. Bundespräsident Joachim Gauck hatte das Gesetz am vergangenen Freitag in Berlin unterzeichnet, dabei jedoch auf verfassungsrechtliche Bedenken hingewiesen. Mit der heutigen Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt ist das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen. Damit ist der Weg für eine Klage in Karlsruhe frei.

„Dem Bund fehlt es an der notwendigen Gesetzgebungskompetenz. Eine bundeseinheitliche Regelung ist nicht erforderlich“, sagt **Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek**. „Das Gesetz ist auch aus gleichstellungspolitischer Sicht falsch. Es hält Frauen davon ab, nach der Geburt eines Kindes wieder ins Berufsleben einzusteigen.“

„Das Betreuungsgeld zementiert ein überholtes Familienbild und hält vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien aus den Kitas fern“, sagt **Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele**. „Dabei ist es so wichtig, dass der Staat gerade diesen Kindern die gleichen Startchancen ins Leben ermöglicht, und zwar unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.“

Schwerpunktmäßig befasst sich die Antragschrift mit der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Der Bund ist nach dem Grundgesetz nur dann zuständig, wenn sein Eingriff in die grundsätzliche Länderzuständigkeit erforderlich ist (Artikel 72, Absatz 2). Das ist aus Hamburger Sicht nicht der Fall. Das Gesetz durchkreuzt nach Auffassung des Senats die Bemühungen der Länder, Städte und Gemeinden um bedarfsgerechte Betreuungsangebote. Darüber hinaus macht der Hamburger Senat Verstöße gegen den Grundsatz des Schutzes der Familie (Artikel 6, Absatz 1) und den allgemeinen Gleichheitssatz (Artikel 3, Absatz 1) und auf die vom Grundgesetz geforderte tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern geltend. Dies wird darauf gestützt, dass das Betreuungsgeldgesetz einen strikten Gegensatz zur Wahrnehmung öffentlich geförderter Tagesbetreuung aufbaut.

Der Hamburger Senat klagt im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

Der Bund ist für das Betreuungsgeldgesetz nicht zuständig. Das Recht zur Gesetzgebung liegt prinzipiell bei den Ländern. Etwas anders gilt nur, wenn das Grundgesetz dem Bund die Gesetzgebungszuständigkeit ausdrücklich verleiht. Dafür müssten zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens müsste das Gesetz unter das Sachgebiet der öffentlichen Fürsorge (Artikel 74, Absatz 1, Nr. 7) fallen. Zweitens müsste das Gesetz erforderlich sein, um gleichwertige Lebensverhältnisse innerhalb des Bundesgebiets herzustellen (Artikel 72 Absatz 2). Beide Voraussetzungen erfüllt das Betreuungsgeldgesetz jedoch nicht.

Keine Zugehörigkeit zur Bundeskompetenz für die öffentliche Fürsorge

Das Betreuungsgeld ist keine Leistung, die unter das Sachgebiet der so genannten öffentlichen Fürsorge fällt, da diese immer mindestens eine vorhandene Bedürftigkeit voraussetzt. Das ist beim Betreuungsgeld jedoch nicht der Fall, denn die Bedürftigkeit der Eltern ist keine Voraussetzung für die Zahlung. Die Zahlung knüpft ausschließlich daran an, dass Eltern ihre Kinder nicht in eine öffentliche Betreuungseinrichtung für Kinder geben. Das ist aber kein Kriterium der Bedürftigkeit. Der Bund kann Eltern bei ihrer Kinderbetreuung in vielfältiger Weise unterstützen, aber für das Betreuungsgeldgesetz ist er nicht zuständig.

Keine Erforderlichkeit für den Eingriff des Bundes

Das Betreuungsgeldgesetz trägt darüber hinaus nicht dazu bei, gleichwertige Lebensverhältnisse bei der Kinderbetreuung im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Im Gegenteil, es manifestiert die Unterschiede in den alten und neuen Bundesländern, wenn es um die Betreuung von Kindern unter drei Jahren geht. Darüber hinaus zeigen auch die vorhandenen Landeserziehungsgeldgesetze (Thüringen, Sachsen, Bayern), dass eine bundeseinheitliche Regelung nicht erforderlich ist.

Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot

Darüber hinaus hält der Hamburger Senat das Betreuungsgeldgesetz mit dem sogenannten Gleichheitssatz (Artikel 3) im Grundgesetz für nicht vereinbar. Denn es kommt für die Auszahlung des Betreuungsgeldes nicht darauf an, wie viele Stunden Eltern ihre Kinder tatsächlich zuhause betreuen oder von privaten Anbietern betreuen lassen, sondern nur darauf, ob Eltern für ihre Kinder eine staatlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen.

Das Betreuungsgeld setzt widersprüchliche Anreize, auch im Hinblick auf die Ziele anderer familienpolitischer Leistungen. Bis zum dritten Lebensjahr der Kinder fördert der Staat Mütter und Väter durch das Betreuungsgeld finanziell, die sich entscheiden, ihre Kinder selbst zuhause zu erziehen oder eine private Betreuungsform zu nutzen.

Dadurch werden sich vor allem sozial schwache Familien dafür entscheiden, ihre Kinder zuhause zu erziehen, um sich das Betreuungsgeld auszahlen zu lassen. Ab dem dritten Lebensjahr des Kindes fordert der Staat dann aber von denselben Müttern und Vätern, dass sie möglichst schnell erwerbstätig werden und dabei Familie und Beruf unter einen Hut bekommen. Das ist nach einer längeren Pause von bis zu drei Jahren in der Regel schwer ad hoc zu realisieren. Der Elternteil, der

sein Kind zuhause betreut, in der Regel die Mutter, ist dadurch – insbesondere im Fall einer Trennung – finanziell nicht abgesichert, da er in dieser Zeit meist gar nicht oder in Teilzeit arbeitet.

Keine Gestaltungsfreiheit für die Eltern

Darüber hinaus folgt das Betreuungsgeld des Bundes einem Kästchen-Denken nach dem Entweder-Oder-Muster. Das schränkt die Gestaltungsfreiheit von Eltern ein. Denn nur wer allen staatlichen Einrichtungen der Kinderbetreuung vollständig fernbleibt, hat Anspruch auf das Betreuungsgeld. Wer sein Kind nur für eine Stunde in der Woche in eine staatlich geförderte Kita gibt, verliert diesen Anspruch. Es ist hingegen nicht möglich, Betreuungsgeld zu beziehen und gleichzeitig private und staatliche Angebote der Kinderbetreuung miteinander zu kombinieren.

Weniger Chancengleichheit für die Kinder

Das Betreuungsgeld konterkariert alle Angebote der Stadt Hamburg zu frühkindlicher Bildung. Wer eine staatlich subventionierte Kindertagesbetreuung in Anspruch nimmt, muss gleichzeitig auf das Betreuungsgeld verzichten. Das Betreuungsgeld ist ein massiver Fehlanreiz vor allem für sozial benachteiligte Kinder, die eine frühkindliche Bildung inklusive einer entsprechenden Sprachförderung bräuchten, um ähnliche Startchancen ins Leben zu haben wie gleichaltrige Kinder. Somit konterkariert das Betreuungsgeld das Bestreben des Hamburger Senats, die Hansestadt zur kinderfreundlichsten Stadt zu machen, in der Kinder unabhängig von ihrer Herkunft chancengleich aufwachsen können.

Hintergrundinformationen

Ab August 2013 bekommen Eltern Betreuungsgeld, wenn sie sich selbst um ihre Kleinkinder kümmern, anstatt sie in einer staatlich subventionierten Kindertageseinrichtung oder in einer Kindertagespflegestelle betreuen zu lassen. Eltern, die ihre ein- bis dreijährigen Kinder zuhause oder privat betreuen, sollen zunächst 100 Euro monatlich bekommen. Ab 2014 soll das Geld auf 150 Euro im Monat aufgestockt werden. Der Betrag wird auf Hartz-IV-Leistungen, Sozialhilfe und Kinderzuschlag angerechnet. Darüber hinaus gibt es das Betreuungsgeld nur für Kinder, die nach dem 31. Juli 2012 geboren wurden.

In Hamburg wird die neue Leistung für Eltern voraussichtlich 22,5 Millionen Euro pro Jahr kosten. Damit könnten 2.100 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren finanziert werden. Denn im Gegensatz zum Betreuungsgeld, das unabhängig vom tatsächlichen Bedarf gezahlt wird, basiert Kita-Gutschein-System in Hamburg auf einem nachfrageorientierten Betreuungsbedarf. Angebot und Nachfrage regulieren sich gegenseitig, so dass alle Eltern, die einen Kitaplatz brauchen, diesen auch bekommen. Darüber hinaus können Eltern jederzeit entscheiden, ob und wann sie ihre Kinder in eine staatlich geförderte Kita oder in eine Tagespflegestelle geben wollen.

Das staatlich geförderte Betreuungsangebot für Kinder ist die Basis für eine Infrastruktur, die grundsätzlich allen offen steht. Dabei zahlen die Eltern etwa 20 Prozent der Betreuungskosten für ihre Kinder, den Rest übernimmt der Staat, inklusive kostenloser Mittagessen. Ab August 2014 wird die fünfstündige Kinderbetreuung in Hamburg für alle Kinder ab einem Jahr sogar komplett kostenlos sein.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hatte bereits im November 2012 in enger Abstimmung mit der Behörde für Justiz und Gleichstellung (JB) veranlasst, dass Juristen einen abstrakten Normenkontrollantrag gegen das Betreuungsgeldgesetz vorbereiten. In einem abstrakten Normenkontrollverfahren überprüft das Bundesverfassungsgericht, ob das Betreuungsgeldgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Prozessbevollmächtigten des Hamburger Senats sind beide Verfassungsrechtler: Professor Dr. Arndt Schmehl (Universität Hamburg, Fakultät für Rechtswissenschaft) und Professorin Dr. Margarete Schuler-Harms (Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg).

Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales,
Familie und Integration

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |

Pressestelle | Nicole Serocka

T 040 428 63- 2889 | F 040 428 63 -4344 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

Behörde für Justiz
und Gleichstellung

Drehbahn 36 | 20354 Hamburg |

Pressestelle | Sven Billhardt

T 040 428 43- 3143 | F 040 428 43 - 258

pressestelle@justiz.hamburg.de | www.hamburg.de/justiz

15. Februar 2013/bgv15a

Pferdefleischfund auch in Hamburg

Analyse der Verbraucherschutzbehörde bestätigt Kennzeichnungsbetrug

Erste Ergebnisse der in Hamburg genommenen Proben bestätigen die bereits bekannten Betrugsfälle von nicht gekennzeichnetem Pferdefleisch in Fertigprodukten. Die entsprechenden Waren werden, soweit dies nicht bereits durch die Unternehmen geschehen ist, umgehend aus dem Verkehr genommen. Weitere Ergebnisse von genommenen Proben stehen noch aus.

„Diese Vorfälle und die Eingriffsmöglichkeiten der Behörden zeigen, dass die bestehenden Regelungen nicht ausreichen“, so Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Wir brauchen die gesetzliche Grundlage, auch im Fall von Täuschungen die Produkte nennen zu dürfen. Die Hürden, die Ministerin Aigner bislang den Verbraucherschützern auferlegt, sind hier deutlich zu hoch. Außerdem brauchen wir auf EU-Ebene weiterreichende Kennzeichnungspflichten, insbesondere eine Herkunftskennzeichnung von weiteren Fleischarten.“

In Hamburg wurden in den letzten Tagen durch die amtliche Lebensmittelüberwachung Proben verschiedener Sorten Lasagne, von Burgern und Mousaka (alles Tiefkühlware) genommen. Erste vorliegende Ergebnisse der Untersuchungen ergaben, dass von acht bisher untersuchten Proben eine Lasagne Pferdefleisch enthielt. Auch hier führt die Spur über Nordrhein-Westfalen zu Betrieben in Luxemburg und Frankreich.

Wie gestern zudem bekannt wurde, hat auch der Einzelhändlerverband Edeka geringe Mengen von Pferdefleisch im Tiefkühlprodukt „Gut & Günstig Lasagne Bolognese“ gefunden und das Produkt entsprechend aus den Regalen genommen. Bei Stichproben in Hamburger Edeka-Filialen wurde bestätigt, dass das Produkt nicht mehr angeboten wird.

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz hat weiterer Untersuchungen, z.B. über Belastungen mit Medikamenten, insbesondere über den Einsatz von Phenylbutazon, veranlasst. Entsprechende Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Die EU-Kommission wird voraussichtlich heute gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten beschließen, dass mit DNA-Tests wirksamer gegen falsch deklariertes Fleisch vorgegangen wird. Vorgesehen

sind Gentests bei Fleischprodukten, sowie Testreihen zu Phenylbutazon, um sicherzugehen, dass Verbraucher mit dem Fleisch keine Tierarzneimittel zu sich nehmen.

„Verbraucherschutz geht in Zeiten globalen Handels weit über die Landesgrenzen hinaus. Wenngleich betrügerisches Handeln auch dann nicht auszuschließen sein wird, so sind insbesondere bessere Regelungen zur Herkunftskennzeichnung doch ein wirksamer Schritt zur Vermeidung solcher Vorfälle“, so **Verbraucherschutzsenatorin Prüfer-Storcks**. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion nach weiterreichenden Kennzeichnungspflichten hatte Ministerin Ilse Aigner im letzten Jahr auf Zeit gespielt und geantwortet, der Nutzen einer Herkunftskennzeichnung für Verbraucher und Unternehmen müsste in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Weitere Informationen, wie auch Hinweise auf bereits erfolgte Rückrufe, bietet die Internetseite der BGV unter www.hamburg.de/bgv/.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

18. Februar 2013/bgv18

Nationaler Aktionsplan nach Pferdefleischfunden

Hamburg begrüßt Einlenken von Bundesministerin Aigner

Nachdem das Ausmaß der mit Pferdefleisch versetzten Fleischwaren ohne Kennzeichnung immer deutlicher wird, hat auch die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, reagiert und ihre bisherigen Positionen überdacht. In einem Treffen der Verbraucherschutzministerinnen und –minister in Berlin mit der Ministerin wurde ein entsprechender Aktionsplan beschlossen.

„Es ist richtig und notwendig, dass nun bundesweit einheitlich gehandelt wird. Auch dass für verarbeitete Lebensmittel eine europaweite Herkunftsbezeichnung vorgeschrieben werden soll und die bislang unzureichenden Informationspflichten von Unternehmen ausgeweitet werden, sind Schritte in die richtige Richtung“ so Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Wir hatten seitens der Länder bereits betont, dass die bestehenden Regelungen nicht ausreichen. Es war überfällig, dass auch Ministerin Aigner einlenkt und von ihrer bisherigen unternehmensfreundlichen Position abweicht. Das hätten wir allerdings auch schon früher und ohne einen neuen Skandal haben können.“

Der vorgelegte Aktionsplan fordert neben der europaweiten Herkunftskennzeichnung von verarbeiteten Lebensmitteln u.a. eine erweiterte kurzfristige nationale Umsetzung der EU-Aktionen (europaweite Untersuchung von Fleischprodukten auf Pferdefleisch), eine zusammenfassende Information für Verbraucherinnen und Verbraucher per Internet und Telefon über das BMELV sowie die Überprüfung rechtlicher Rahmenbedingungen zur Verbraucherinformation. Außerdem kommen die Anforderungen an die Eigenkontrollen der Unternehmen sowie ihre Informationspflichten gegenüber Behörden auf den Prüfstand.

„Wir haben es bereits gefordert und die heutigen Gespräche haben es nochmal verdeutlicht: Die gesetzlichen Möglichkeiten, über beanstandete Produkte, Vertriebswege und Unternehmen informieren zu dürfen müssen praxistauglich und rechtssicher weiter entwickelt werden. Und zwar so, dass wir auch im Fall von Täuschungen die entsprechenden Namen nennen dürfen. Die bisherigen Hürden für die Verbraucherschützer sind deutlich zu hoch“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Es müssen auch die straf- und bußgeldrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten inklusive einer

Gewinnabschöpfung überprüft werden. Denn es kann nicht sein, dass unter dem Strich der wirtschaftliche Gewinn für Unternehmen größer ist als eventuell verhängte Bußgelder.“

Weitere Informationen zum Aktionsplan stehen in Kürze auf der Seite des BMELV unter <http://www.bmelv.de> zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

#

18. Februar 2013/bsb18

Stadtteilschulen bringen Abiturquote auf Rekordniveau

Schulsenator Ties Rabe präsentiert Statistik des Schuljahres 2012/13

Hamburgs Stadtteilschulen präsentieren sich in der jetzt von Schulsenator Ties Rabe vorgelegten Schulstatistik in guter Form. So ist der jahrelange Anstieg der Schülerzahlen am Gymnasium beendet, Gymnasium und Stadtteilschule verzeichnen erneut etwa gleich viele Schülerinnen und Schüler in den Klassen 5 bis 10. Neue Oberstufen an den Stadtteilschulen haben zudem rund 330 Schülerinnen und Schüler zusätzlich zum Abitur geführt und die Abiturquote auf das Rekordniveau von 51,7 Prozent gesteigert (Vorjahr: 50,6 Prozent). Gleichzeitig sank die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher auf 6,6 Prozent (Vorjahr 7,0 Prozent), der niedrigste bisher gemessene Wert. Bemerkenswert ist der erhebliche Ausbau der Ganztagschulen: 50 Grundschulen und drei Stadtteilschulen haben im Schuljahr 2012/13 erstmals Ganztagsangebote eröffnet, damit führen jetzt 124 Grundschulstandorte und 38 Stadtteilschulen Ganztagsangebote. Schulsenator Ties Rabe: „Eine stabile Schulstruktur und stetig besser werdende Schulabschlüsse sind eine sehr erfreuliche Leistungsbilanz unserer Schulen. Durch den erheblichen Ausbau von Ganztagsangeboten bekommen unsere Kinder neue Bildungschancen. Allein in diesem Schuljahr konnten 59 Schulen neue Ganztagsangebote eröffnen, mehr als früher in zehn Jahren eingerichtet wurden.“

Abiturquote auf Rekordhoch, Zahl der Schulabbrecher so niedrig wie nie

Der Trend zu höheren Abschlüssen hält an. Von den 15.040 Schulabgängerinnen und -abgänger im Jahr 2012 haben 7.783 das Abitur erworben, so dass die Abiturientenquote mit 51,7 Prozent ein neues Rekordhoch erreicht (Vorjahr: 50,6 Prozent; 7.345). Dabei ergibt sich der Anstieg vor allem durch einen Anstieg in den Stadtteilschulen um rund 330 Abiturientinnen und -abiturienten, während die Zahl am Gymnasium etwa gleich bleibt.

Dazu hat der Ausbau der Oberstufen an den Stadtteilschulen deutlich beigetragen. Im Schuljahr 2012/13 führen bereits 50 der 57 Hamburger Stadtteilschulen eine Oberstufe. 23 dieser Stadtteilschulen organisieren ihre Oberstufe in Kooperation mit anderen Schulen, davon 19 in Kooperation mit einer anderen Stadtteilschule, drei in Kooperation mit einem Gymnasium, eine in

Kooperation mit einer Berufsschule. In 43 Stadtteilschulen kann bereits in diesem Schuljahr das Abitur erworben werden, in sieben weiteren Stadtteilschulen befindet sich die Oberstufe im Aufbau. Nur noch sieben Stadtteilschulen haben keine Oberstufe.

2.546 Schülerinnen und Schüler machten den Hauptschulabschluss (16,9 Prozent), 3.318 den Realschulabschluss (22,1 Prozent) und 400 die Fachhochschulreife (2,7 Prozent). Der Anteil der Schulentlassenen ohne Schulabschluss sinkt auf 6,6 Prozent (993) und liegt damit so niedrig wie noch nie (Vorjahr: 7,0 Prozent; 1.022). Die meisten, nämlich 597 Schülerinnen und Schüler, haben vorher eine Sonderschule besucht. Insgesamt haben 64,2 Prozent der Schulentlassenen ohne Abschluss sonderpädagogischen Förderbedarf.

Uneinheitlich entwickelt sich die Zahl der Klassenwiederholungen an staatlichen Schulen. So sinkt die Zahl der Klassenwiederholungen insgesamt um 76 auf 2.673. Das ist jedoch vor allem einem weiteren Absinken um 149 auf insgesamt 861 Klassenwiederholungen in den Stufen 1 bis 9 zu verdanken. Das Schulgesetz ermöglicht hier Klassenwiederholungen nur auf Antrag und unter besonderen Voraussetzungen. Dagegen steigt die Zahl der Wiederholer in den Klassenstufen 10 bis 13 um 73 auf 1.812 an. Davon sind allerdings 691 Klassenwiederholungen nicht auf mangelnde Leistungen zurückzuführen, sondern aufgrund des wieder häufiger genutzten Auslandsjahres zustande gekommen. Dadurch ergeben sich in den Klassen 10 bis 13 letztlich 1.121 echte Klassenwiederholungen. Dennoch entfallen 57 Prozent aller Wiederholungen an den allgemeinbildenden staatlichen Schulen auf die Klassenstufen 10 bis 13. Die meisten Wiederholungen gibt es in Klassenstufe 10 an der Stadtteilschule (+22 auf 454, ohne Auslandsaufenthalte 450) und in Klassenstufe 11 am Gymnasium (+14 auf 482, ohne Auslandsaufenthalte 225).

Stadtteilschule stabil gegenüber dem Gymnasium

Zurzeit besuchen 50.614 Schülerinnen und Schüler die staatlichen Stadtteilschulen, 49.616 die staatlichen Gymnasien. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler steigt an beiden Schulformen zusammen um 1.958, zum Teil bedingt durch die Auflösung der Primarschulstarterklassen 6 (-663). Dabei gewinnt die Stadtteilschule mit + 1.301 Schülerinnen und Schülern deutlich stärker hinzu als das Gymnasium mit + 657.

In Jahrgangsstufe 5 besuchen 47,3 Prozent der Schülerschaft an staatlichen allgemeinen Schulen die Stadtteilschulen, 51,6 Prozent die Gymnasien (und 1,1 Prozent die 6-jährigen Grundschulen). Dieses Verhältnis verschiebt sich in Jahrgangsstufe 7. Hier wird die Stadtteilschule von 52,8 Prozent der Schülerschaft besucht. Schülerinnen und Schüler in Klassenstufe 11 besuchen zu 37,8 Prozent die Stadtteilschule, zu 62,2 Prozent das Gymnasium. Wechsel vom Gymnasium zur Stadtteilschule

sind häufiger als umgekehrt (1.566 zu 372 zum Schuljahr 2012/13). Besonders häufig erfolgt der Wechsel nach Jahrgangsstufe 6 (570), am zweithäufigsten nach Jahrgangsstufe 10 (243).

Ganztägige Angebote auf Rekordniveau

Von den 346 allgemeinbildenden staatlichen Schulen (Grundschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien, Sonderschulen) verfügen im Schuljahr 2012/13 251 Schulen über Ganztagsangebote. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg um 59 Schulen.

Die Ganztagsangebote verteilen sich auf 124 (Vorjahr 74) der 192 Grundschulen und 12 Grundschulabteilungen an Stadtteilschulen, 38 (Vorjahr 35) der 57 Stadtteilschulen und 29 (Vorjahr 23) der 37 Sonderschulen. Alle 60 Gymnasien gelten seit langem als Ganztagschulen besonderer Prägung. Besonders bemerkenswert ist der Anstieg bei den Grundschulen und Grundschulabteilungen im Schuljahr 2012/13 um 50 Ganztagschulen. Das ist der größte jemals in einem Jahr in Hamburg zu verzeichnende Zuwachs im Ganztagsbereich. Damit führen erstmals rund 60 Prozent der staatlichen Schulen Ganztagsangebote.

Schulen 2012/13

Das staatliche Schulsystem umfasst im Schuljahr 2012/13 insgesamt 394 Schulen: 192 Grundschulen, 12 Grundschulabteilungen an Stadtteilschulen, 57 Stadtteilschulen, 60 Gymnasien, 37 Sonderschulen, 44 Berufsbildende Schulen und vier Schulen der Erwachsenenbildung. Die wenigen Veränderungen im staatlichen Schulsystem betreffen die Neugründung des Gymnasiums Hoheluft in Eimsbüttel sowie die Neu- bzw. Wiedergründungen der Stadtteilschulen Meiendorf, Rissen und Auf der Veddel.

Gegenüber dem Schuljahr 2011/12 ist die Anzahl aller Schulen von 477 auf 488 angestiegen. Dies liegt an einer starken Zunahme bei den nicht-staatlichen Schulen von 82 im Vorjahr auf 94 im aktuellen Schuljahr. Der Anstieg ist nicht die Folge neu erteilter Genehmigungen oder zusätzlicher Schülerinnen und Schüler, sondern eine verwaltungsrechtliche Änderung: Einige Grundschulen, die bisher im Verbund mit einer Stadtteilschule oder als Zweigstelle geführt wurden, gelten nun als eigenständig und werden entsprechend statistisch erfasst. Insgesamt gibt es in Hamburg im Schuljahr 2012/13 29 private Grundschulen, 28 private Stadtteilschulen, elf private Gymnasien, fünf private Sonderschulen, 20 private Berufsbildende Schulen und eine private Schule der Erwachsenenbildung. Dabei fällt auf, dass private Schulen im Durchschnitt erheblich kleiner sind als staatliche Schulen.

Starker Anstieg der Diagnosen für sonderpädagogischen Förderbedarf

Der Anteil der inklusiv geförderten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigt weiter an. Erstmals besucht jetzt über die Hälfte (52,9 Prozent) von ihnen eine

allgemeine Schule (2011: 35,8 Prozent). Dabei wird der Großteil der inklusiven Förderung von Grundschulen (57 Prozent) und Stadtteilschulen (41 Prozent) übernommen. Ein Prozent besucht das Gymnasien, ein weiteres Prozent die Vorschule.

Die Inklusion geht einher mit einer erheblichen Veränderung bei der Diagnose des sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE). Während die Zahl der LSE-Schülerinnen und -Schüler an den Sonderschulen 2012 um 488 sank, meldeten die allgemeinen Schulen im gleichen Zeitraum einen Zugang von 1.902, das ist fast das Vierfache. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit die Zahl LSE-Diagnosen in den allgemeinen Schulen in nur einem Jahr von 3.177 auf 5.079 Schülerinnen und Schüler erhöht. Dieser erhebliche Anstieg ist nur durch eine veränderte Diagnose und Blickweise auf eine weitgehend gleich gebliebene Schülerschaft zu erklären. Die Schulbehörde hat deshalb den Erziehungswissenschaftler Prof. Schuck von der Universität Hamburg gebeten, diese Veränderung im Rahmen einer Evaluation der Inklusion zu überprüfen.

alle Schulen	LSE in Sonderschule	Differenz	LSE in allg. Schule	Differenz Vorjahr	LSE Summe	Anstieg p.a.
2008	5.140		820		5.960	
2009	5.083	-57	1.052	232	6.135	175
2010	4.708	-375	1.881	829	6.589	454
2011	4.196	-512	3.177	1.296	7.373	784
2012	3.708	-488	5.079	1.902	8.787	1.414

Dadurch ist auch die Zahl aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf insgesamt von 9.778 auf 12.099 stark gestiegen. Der Anteil an der Gesamtschülerschaft steigt damit auf 6,6 Prozent (2011/12: 5,4 Prozent, 2010/11: 5,0 Prozent). Die Zunahme ist fast ausschließlich auf den erheblichen Anstieg im Bereich LSE an allgemeinen Schulen zurückzuführen. Insgesamt macht der Förderschwerpunkt LSE mittlerweile fast Dreiviertel (72,6 Prozent) aller Förderbedarfe aus.

Insgesamt wieder mehr Schülerinnen und Schüler an allgemeinen Schulen, weniger an Berufsschulen

Wie im Vorjahr steigt die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen weiter an. Im Schuljahr 2012/13 besuchen 162.793 Schülerinnen und Schüler die staatlichen und 19.256 die privaten allgemeinbildenden Schulen (jeweils ohne Erwachsenenbildung). Die Schülerzahl steigt damit um

1.549 (0,8 Prozent) auf 182.049. Das Verhältnis zwischen staatlichen und privaten Schulen bleibt konstant, 10,6 Prozent der Schülerschaft besuchen private allgemeinbildende Schulen.

An den Berufsbildenden Schulen sinkt die Schülerzahl um 1.197 (-2,1%) auf 56.988. Im Schuljahr 2012/13 besuchen damit 54.712 Schülerinnen und Schüler die staatlichen und 2.276 die privaten beruflichen Schulen.

Besonders stark stieg die Schülerzahl in den Oberstufen der staatlichen Stadtteilschulen (+ 675 / +7,6 Prozent) und Gymnasien (+ 496 / +4,7 Prozent), durchschnittlich dagegen an den Grundschulen (+ 459 / + 0,9 Prozent). An den staatlichen Sonderschulen sinkt die Zahl der Schüler um 468 (-8,7 Prozent), an den privaten sinkt sie sogar stark um 151 (-20 Prozent).

Die Zahlen der Herbststatistik werden unter www.hamburg.de/schulstatistiken im Internet veröffentlicht.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

20. Februar 2013/bsb20

Rechtes Alsterufer besiegt linkes Alsterufer in letzter Sekunde

Mehr als 2.600 Schülerinnen und Schüler traten an: Rekordbeteiligung beim größten Schulschachturnier der Welt

Mit einem hauchdünnen Sieg ging das größte Schulschachturnier der Welt – „Rechtes Alsterufer gegen Linkes Alsterufer“ – zu Ende: Das rechte Ufer siegte mit 655,5 zu 648,5 Punkten.

Am Morgen hatte Bildungssenator Ties Rabe unter lauten Anfeuerungsrufen das Traditionsturnier mit einer Internetpartie zwischen der Hamburger „Schach-als-Fach“-Schule Genslerstraße und der Barham Primary School aus London eröffnet. In Wembley stand als Pate der CEO von Barclaycard Europe David Chan zusammen mit dem Deutschen Großmeister Dr. Helmut Pfleger bereit. In diesem Fern-Duell siegte Hamburg gegen London im Laufe des Vormittags mit 3,5 zu 0,5 Punkten.

Senator Ties Rabe: „Schach macht Hamburgs Schülerinnen und Schüler schlau: Strategien entwickeln, nachdenken, vorausplanen, rechnen, abwägen – all das führt im Schach zum Erfolg. Es führt aber auch zu besseren Leistungen in Mathe und anderen Fächern. Vor allem aber macht Schach viel Spaß, wie man bei diesem Turnier immer wieder sehen kann!“

Spaß und Spannung bestimmten das Turnier: Bis kurz vor Schluss lag wie so oft das linke Alsterufer in Führung, doch das rechte Alsterufer konnte das Ergebnis noch drehen. Damit konnten die Schulen des rechten Alsterufers in der Gesamtwertung seit 1958 etwas aufholen und zum mittlerweile 17. Mal punkten. Nach 52 Turnieren steht es nun 35 zu 17 Punkte für die linke Seite.

Trotz Grippewelle traten 2.608 Teilnehmer aus 131 Schulen im CCH gegeneinander an. Besonders freuen konnten sich die Spielerinnen und Spieler der Grundschule Sternschanze, die in diesem Jahr aus allen 8:0-Siegern des Rechten Alsterufers ausgelost wurden und nun für ein Jahr den goldenen Wanderpokal des Turniers in ihrer Schule ausstellen dürfen.

Erstmals war auch eine Mannschaft aus London im CCH zu Gast. Der englische Schachgroßmeister Daniel King war mit seiner Mannschaft der Twickenham Prep School nach Hamburg gereist und hatte es mit der ersten Mannschaft des Johanneum Eppendorf zu tun.

Großmeister Daniel King: „Wir haben extra in einem Hotel rechts der Alster übernachtet, um für das Duell gewappnet zu sein.“ Am Ende gewann Kings Mannschaft, die stilecht in englischer Schuluniform angetreten war, mit 5,5 zu 2,5.

Organisator Jan Pohl zeigte sich mit dem Verlauf des Turniers sehr zufrieden: „Schach ist über dieses Turnier hinaus ein wichtiges Thema im Hamburger Schulalltag. Immer mehr Schulen bauen Schach in ihr Schulprofil ein.“

Unterstützt wurde das Turnier wiederholt von der Schachsoftware-Firma Chessbase sowie erstmals von der Direktbank Barclaycard.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Jan Pohl, Fachausschuss Schach der BSB Tel. (040) 320 444 76 (p) Mobil (0151) 230 35 899 E-Mail: jan.pohl@me.com	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
---	--

20. Februar 2013/bsu20

MoRU und DOMO sind Hamburgs „Umweltfreundlichste Produkte“

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zeichnete Wettbewerbssieger
im Rathaus aus

„MoRU“ und „DOMO“ heißen die Gewinnerprojekte des Hamburger Wettbewerbs für „Umweltfreundliche Produktentwicklung“. „MoRU“ ist ein Roboter, der umweltfreundlich Maschinen repariert - entwickelt von der Firma „Gall & Seitz Systems GmbH“. Dieses Verfahren wurde als „Bestes Produkt“ prämiert. Die „Beste Idee“ konzipierte die morethanshelters GmbH: ein ökologisch und sozial verantwortliches vorübergehendes Notunterkunftssystem (DOMO) für humanitäre Zwecke. Einen Sonderpreis für das „Beste Unternehmenskonzept“ erhält die Effenberger Vollkornbäckerei.

Bei der feierlichen Preisverleihung im Hamburger Rathaus würdigte Umweltstaatsrat Holger Lange heute die außerordentlichen Umweltleistungen des Siegerprojektes „MoRU“: „Hier zeigt sich vorbildhaft, wie eine verbesserte Materialeffizienz ökologische Wirkungen mit ökonomischen Vorteilen sinnvoll verknüpft. Diese Form von Instandhaltungsarbeiten leistet einen wichtigen Beitrag zur Produkterhaltung und für nachhaltiges Wirtschaften.“ Das mobile Laser-Pulver-Auftragungsschweißen „MoRU“ (steht für „Mobile Robot Unit“) repariert und veredelt metallische Bauteile direkt vor Ort. So entfallen Schwertransporte und Lieferwege, der Ausfall von Industrieanlagen, Schiffen oder Windkraftanlagen wird minimiert. Das Verfahren selbst spart Material für die Herstellung der sonst notwendigen neuen Teile Neuteile. In der Jurybegründung heißt es: „Auf innovative Weise wird der Ansatz der Ressourcenschonung durch Reparaturdienstleistungen statt Neuproduktion gezielt aufgegriffen.“

Die „Beste Idee“ - das mobile Notunterkunftssystem für humanitäre Zwecke – ist umweltneutral designt, besteht aus langlebigem, klein zu verpackendem Material und kann nach seinem Einsatz anderweitig weiter verwendet werden. Verschiedene Einzelkomponenten erlauben einen individuellen Aufbau, je nach Region und Krisensituation. Die Wettbewerbsjury lobt hier besonders den ganzheitlich nachhaltigen Designansatz, der in Zeiten von wachsender Weltbevölkerung, knapper Ressourcen und Flüchtlingsströmen zunehmend an Relevanz gewinnt. Eingesetzt werden können die zeltartigen Unterkünfte unter anderem in Krisengebieten und nach Umweltkatastrophen – überall dort, wo Menschen ihr Dach über den Kopf verloren haben und schnell eine neue Bleibe benötigen.

Mit einem **Sonderpreis** für ihr ganzheitliches Geschäftskonzept wird die Effenberger Vollkornbäckerei ausgezeichnet. Hier steht nicht nur das ökologische Produkt im Mittelpunkt, sondern das gesamte Unternehmen. Vom naturgemäßen Anbau des Getreides, über die schonende und Ressourcen sparende Verarbeitung bis hin zur Reduzierung von Luftbelastung und Treibhausgasen sowie die Fürsorge für die Belegschaft stellt der Handwerksbetrieb unter Beweis,

dass die Herstellung eines Grundnahrungsmittels wirtschaftlich und nachhaltig verantwortungsvoll sein kann.

Fünf Monate lang wurde im Rahmen des Wettbewerbes nach Ideen, Dienstleistungen und Produkten gesucht, die so entwickelt sind, dass sie in ihrem gesamten Lebenszyklus wenig Energie und Ressourcen verbrauchen, keine unnötigen Schadstoffe enthalten und sich am Ende recyceln lassen. Bewerben konnten sich Unternehmen, Hochschulen und Designbüros mit ihren umweltverträglichen Lösungen und Designideen bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Ausgelobt wurde der Wettbewerb „Umweltfreundliche Produktentwicklung“ im Rahmen des gleichnamigen Hamburger Kompetenznetzwerks und der UmweltPartnerschaft. Hamburg. Hier finden interessierte Unternehmen qualifizierte Beratung zu allen Fragen hinsichtlich umweltfreundlicher Produktentwicklung, Industrie-Design und nachhaltiger Betriebsführung.

Weitere Informationen: <http://klima.hamburg.de/umweltfreundliche-produktentwicklung/>

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner; Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Tel. 040/42840-3249;
pressestelle@bsu.hamburg.de

20. Februar 2013/pr20

„Große Wachstums- und Entwicklungsperspektiven für Hamburg und die Küstenregion“

Hamburger Offshore Wind Konferenz: Scholz betont Bedeutung der Branche für Norddeutschland und die Energiewende

Im Zuge der Energiewende sieht Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz „große Wachstums- und Entwicklungsperspektiven“ für Hamburg und die Küstenregion. „Wenn wir den Ausbau der Übertragungsnetze hinbekommen, sind die Aussichten glänzend“, sagte Scholz am Mittwoch bei der Hamburger Offshore Wind Konferenz. Im Energiekonzept der Bundesregierung werde der Region ein Wachstumspotenzial von bis zu 7000 Arbeitsplätzen zuerkannt. Für den Offshore-Zubau rechne die Bundesregierung mit einem Umsatz von rund 100 Milliarden Euro. Positive Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Wertschöpfung könnten Hamburg und insbesondere die Küstenstandorte erwarten, die sich zu Offshore-Häfen und Produktionsstätten entwickeln.

Die Prognos AG habe im Auftrag des Clusters Erneuerbare Energien Hamburg ermittelt, dass das bereinigte Beschäftigungswachstum der Branche im Zeitraum von 2008 bis 2011 in der Metropolregion Hamburg rund 56 Prozent betragen habe. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2012 in der Region in 1466 Unternehmen bereits etwa 24.700 Personen, davon etwa 14.500 in Hamburg. Ein weiteres Arbeitsplatzwachstum von 40 Prozent bis 2015 wird erwartet. Hamburg und die Metropolregion könnten sich hier hervorragend positionieren: als Standort der Windenergie-Branche und von speziellem Know-how bei spezialisierten Dienstleistern, aber auch generell im Fachkräftemarkt.

Scholz betonte, Hamburg profitiere durch den Ausbau der Offshore-Windenergie. Unternehmen der Branche siedelten ihre Zentralen, ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in der Hansestadt an, weil sie „die Standortbedingungen einer internationalen Metropole brauchen“. Viele große und bedeutende Unternehmen der Windenergie-Branche und ihrer Zulieferer seien bereits vor Ort. Scholz nannte beispielsweise Vestas, Nordex, General Electric, Siemens oder zahlreiche spezialisierte Unternehmen aus dem Finanz-, Logistik- oder Projektierungsbereich.

Hamburgs Erster Bürgermeister wies in diesem Zusammenhang auf die wichtige Rolle der Offshore-Windenergie für das Zustandekommen der Energiewende hin. Die Offshore-Windenergie werde für fast grundlastfähig eingeschätzt. Die Kapazität der Windparks auf See sei mit der konventioneller Kraftwerke vergleichbar. Allerdings sei die Offshore-Windenergie verlässlicher als etwa die Windenergieerzeugung an Land oder die Energiegewinnung über Photovoltaik. Die Windenergie – besonders die Energiegewinnung auf See – sei ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Diese bezeichnete Scholz als „derzeit größte industriepolitische Herausforderung in Deutschland“.

Rückfragen:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Tel.: 040 / 428 31 22 44

Mobil: 0170 / 288 18 09

E-Fax: 040 / 4279 15 143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

21. Februar 2013/bwf21

Hervorragende Forschungsarbeiten zur Ozeanographie ausgezeichnet

Wissenschaftssenatorin überreicht Partnerstädtepreis der Gesellschaft Harmonie von 1789 im Alten Wasserwerk Wilhelmsburg

Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft und Forschung **Dr. Dorothee Stapelfeldt** hat am heutigen Donnerstag im Alten Wasserwerk Wilhelmsburg den Partnerstädtepreis der Gesellschaft Harmonie von 1789 verliehen. Mit dem mit insgesamt **5.000 Euro** dotierten Preis wurden zum zweiten Mal herausragende Forschungsarbeiten von Studierenden der Universität Hamburg zu den Themen **Wasser, Meer und Klima** prämiert.

Mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde **Nina Maaß** mit ihrer Diplomarbeit im Bereich Ozeanographie zum Thema **„Improving passive microwave sea ice concentration algorithms for coastal areas – Applications to the Baltic Sea“**, vorgeschlagen von Prof. **Lars Kaleschke**. Gegenstand der Arbeit ist eine neue Methode, mit der sich die Eisbedeckung in Küstennähe erfassen lässt. Das ist insbesondere für die Ostsee relevant. Der zweite Preis ging an **Fabian Große** für seine Arbeit **„Parameterising primary production and convection in a 3D model“** zur Berechnung von Umwälzbewegungen und biologischer Produktivität im Ozean. Den dritten Preis erhielt **Julia Köhler** für ihre Arbeit zum Thema **„Analysis of sea surface salinities as seen by SMOS“** (Analyse von Salzgehalten nahe der Meeresoberfläche mit Hilfe von Satellitendaten).

Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Der Partnerstädtepreis ist ein gelungenes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement im besten hanseatischen Geist. Meeres-, Klima- und Umweltforschung haben in Hamburg einen hohen Stellenwert. Das zeigt unter anderem der Erfolg des Exzellenzclusters **CliSAP**, dessen interdisziplinäre Strukturen durch das **Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit** und seinen Förderverein gestärkt werden.“

Jan Berlage, Mitglied der Gesellschaft Harmonie: „Die weltweit führende Position Hamburgs bei der Meeres- und Klimaforschung kann zukünftig eine wichtige Rolle bei der Kooperation mit den Partnerstädten einnehmen.“

Im Rahmen der Preisverleihung hielt **Anna Sandner**, GEO-Redaktion Hamburg, einen Vortrag zum Thema **„Virtuelles Wasser“**. Oberstleutnant im Generalstabdienst **Ralf Lasinski** erläuterte die **„Die geo-politische Bedeutung von Wasser“**. Die Hamburger Olympia-Schwimmer **Steffen** und **Markus Deibler** sprachen zum Thema **„Wasser als Element des Leistungssportes“**, ferner berichteten Lehrer

und Schüler der Gesamtschule Blankenese über ihr Wasserprojekt „Aqua es Vida“ in der Hamburger Partnerstadt Leon.

Hintergrund:

Der Partnerstädtepreis ist im Jahr 2010 aus einem Förderprojekt mit dem damaligen Zentrum für Meeres- und Klimaforschung der Universität Hamburg entstanden und wird in diesem Jahr zum zweiten Mal vergeben. Seit dem Jahr 2011 wird der Preis zusammen mit dem Verein der Freunde und Förderer des "Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit" („CEN Förderverein“) ausgelobt. Die Preisträger wurden nach wissenschaftlichen Kriterien aufgrund vergleichender Gutachten von Dr. Roland Doerffer, Prof. Hartmut Graßl und Prof. Rolf Käse durch den Vorstand des CEN-Fördervereins ausgewählt.

Durch die gemeinsame Lage am Wasser sind Hamburg und seine Partnerstädte vergleichbaren klimatischen Herausforderungen ausgesetzt. Ziel des Partnerstädtepreises der Gesellschaft Harmonie von 1789 ist es, die Verantwortung Hamburgs und seiner Partnerstädte für das wichtige Zukunftsthema „Wasser“ zu unterstreichen und den Dialog zwischen den Partnerstädten zu unterstützen. Mit aktuell ca. 230 Mitgliedern fördert die Gesellschaft Harmonie von 1789 in Hamburg die Kunst und Kultur, das Stiftungswesen, die Bildung und Erziehung sowie die Völkerverständigung, insbesondere mit Projekten zum Ausbau der partnerstädtischen Beziehungen Hamburgs.

Informationen im Internet:

<http://www.harmonie1789.de/harmonie1789/>

<http://www.cen.uni-hamburg.de/CEN-Foerde.1419.0.html>

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322, E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Gesellschaft Harmonie von 1789

Jan Berlage

Tel: 0173/3271 586, E-Mail: jan.berlage@nuance-capital.com

Exzellenzcluster CliSAP, Universität Hamburg, Klimacampus

Ute Kreis

Tel: 040/42838 4523, E-Mail: ute.kreis@zmaw.de

21.02.2013/kb21

Das Frauenmusikzentrum bleibt in Ottensen

Kultursenatorin freut sich über langfristige Perspektive des Frauenmusikzentrums

Geschäftsführerin Maria Pallasch und ihren Mitstreiterinnen aus dem Frauenmusikzentrum ist es gelungen, ein Finanzierungskonzept für den Kauf der Immobilie in der Großen Brunnenstraße in Ottensen zu entwickeln. Die Johann Daniel Lawaetz-Stiftung kauft mit finanzieller Hilfe der Dreilinden Gesellschaft für gemeinnütziges Privatkapital mbH das Gebäude, in dem sich seit 25 Jahren die Proberäume des Frauenmusikzentrums befinden. Das Frauenmusikzentrum erhält ab dem 1.3.2013 einen Mietvertrag für 20 Jahre, gestern wurde dies notariell besiegelt.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler** dankt den Beteiligten für ihr erfolgreiches Engagement: „Mit Verhandlungstalent, Mut und Zähigkeit haben die Verantwortlichen des Frauenmusikzentrums es aus eigener Kraft erreicht, an ihrem angestammten Ort zu bleiben und dieser seit Jahrzehnten erfolgreichen Einrichtung eine langfristige Perspektive zu geben. Mein besonderer Dank geht an die Dreilinden gGmbH, deren Engagement den Verbleib des Frauenmusikzentrums erst möglich macht, und an die Lawaetz-Stiftung, die die Bedeutung des Frauenmusikzentrums in Ottensen gesehen hat.“

Dem Frauenmusikzentrum waren Anfang 2012 die seit 25 Jahren genutzten Räumlichkeiten in Ottensen zum 31. März 2013 gekündigt worden, da der Vermieter die Immobilie verkaufen wollte. Seit März 2012 befand sich das Frauenmusikzentrum in Gesprächen mit der Lawaetz-Stiftung, die bald interessiert war, das Gebäude zu kaufen. Das Frauenmusikzentrum konnte dann die Dreilinden gGmbH für die Unterstützung dieses Plans gewinnen. Die Dreilinden gGmbH fördert Projekte, bei denen Mädchen, Frauen und sexuelle Minoritäten im Mittelpunkt stehen, und bei denen die Zielgruppe an der Gestaltung des Projekts beteiligt ist.

Weitere

www.dreilinden.org, www.lawaetz.de, www.frauenmusikzentrum.de

Infos:

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 25. Februar bis 3. März 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 25.02.2013

- 10:00** Geomatikum, Hörsaal 1, Bundesstraße 55
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich des **25-jährigen Bestehens des Deutschen Klimarechenzentrums (DKRZ)**.
- 10:00** Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich des **Symposiums „Cyber-Crime – vom Computerhacker bis zum digitalen Dieb!“**.
- 14:00** Rathaus, Phönixsaal
Staatsrätin Elke Badde begrüßt die neuen **tunesischen Auszubildenden der Asklepios Kliniken**.
- 14:30** Rathaus, Kaisersaal
Senator Michael Neumann hält anlässlich des diesjährigen **Sportgipfels zum Thema „Mission Rio – Spitzensportförderung bis 2016“** eine Rede.
- 17:00** Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an der **Podiumsdiskussion des Internetstrafrechtssymposiums** teil und spricht ein Grußwort.
- 18:00** Börsensäule der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senator Michael Neumann, Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrätin Elke Badde nehmen an der **Sportgala 2013** teil.
- 18:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs für Diplomatinen und Diplomaten aus verschiedenen Ländern**, die im Rahmen eines internationalen Diplomatenlehrganges des Auswärtigen Amtes Hamburg besuchen.

Dienstag, den 26.02.2013

- 13:00** Siemens AG, Lindenplatz 2
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Holger Lange nehmen gemeinsam an einer **Diskussionsrunde zur Nachhaltigkeit mit Studierenden der HAW** teil.
- 19:00** Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, Berlin
Senatorin Jana Schiedek nimmt am **Vermittlungsausschuss** teil.
- 20:00** Lufthansa Technik, Weg beim Jäger 193, Gebäude 391
Bürgermeister Olaf Scholz besucht die **Filmpremiere „GOLD – Du kannst mehr, als Du denkst“**.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senator Michael Neumann, Staatsrat Volker Schiek, Staatsrat Dr. Nikolas Hill und Staatsrat

Dr. Ralf Kleindiek nehmen teil.

Mittwoch, den 27.02.2013

- 08:00** Johann Daniel Lawaetz Stiftung , Neumühlen 16-20
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort anlässlich des **23. IBA Partner-Frühstücks**.
- 09:00** Leichtathletik Halle Hamburg, Krochmannstraße 55
Senator Michael Neumann spricht bei der **Special Olympics-Eröffnungsfeier** ein Grußwort.
- 19:00** Hammerbrookstraße 93, Industriebhof
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung der neuen Redaktionsräume des Magazins „Impulse“** ein Grußwort.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Jens Lattmann ist zu Gast bei der Veranstaltung der **Nationalstiftung „Recht und nationale Identität - Der Kampf um bessere Bilanzierungsvorschriften“**.

Donnerstag, den 28.02.2013

- 11:00** Rathaus, Kaisersaal
Senator Michael Neumann hält anlässlich des Senatsempfanges zur **Verleihung des Werner-Otto-Preises** eine Rede.

Senator Detlef Scheele nimmt teil.
- 13:30** Hotel Holiday Inn, Billwerder Neuer Deich 14
Staatsrat Volker Schiek spricht anlässlich des **19. Hamburger Kommunikationstages** ein Grußwort.
- 15:00** Gendarmenmarkt, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Wohnungsbautages 2013** ein Grußwort.
- 18:30** Baseler Hof, Esplanade 15
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt an der Podiumsdiskussion **"Welche Zukunft der Europäischen Union wollen wir? Politische, wirtschafts- und währungspolitische Überlegungen"** teil.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek spricht ein Grußwort anlässlich der **Veranstaltung Deutsche Nationalstiftung „Recht und nationale Identität“**.
- 19:00** Passagekino, Mönckebergstraße 17
Senator Michael Neumann nimmt an der **Filmvorführung für Sportler des Projektes „GOLD“** teil.

Freitag, den 01.03.2013

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **907. Sitzung des Bundesrates** teil.
- 09:30** Kampnagel, Jarrestraße 20
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des Kongresses**

„**Work in Progress – Strategien für die Arbeitswelt von morgen**“ der Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH.

- 10:30** CCH, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der Seniorenmesse**.
- 12:00** Uni, Anna-Siemsen-Hörsaal, Von-Melle-Park 8
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks ist Schirmherrin der **Fachtagung Leben mit Behinderung** und spricht ein Grußwort.
- 19:15** Hotel Süllberg, Süllbergsterrasse 12, Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **30. Jubiläums des „Hamburger Klönschnack“** ein Grußwort.

Samstag, den 02.03.2013

- 10:30** Universitätsaula in Salzburg, Österreich
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt teil am **Festplenum 2013 der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste**.

Sonntag, den 03.03.2013

- ganztägig** Dubai
Staatsrätin Elke Badde besucht den **Emirate Health Congress in Dubai** vom 03.03.-05.03.13

- ganztägig** Nicaragua
Staatsrat Wolfgang Schmidt reist vom **03.-08.03.2013 nach Nicaragua** und wird am 04.03. in Managua in Begleitung des deutschen Botschafters Karl-Otto König Gespräche im Außenministerium führen, vom 05.-07.03.2013 besucht er Hamburgs Partnerstadt León, besucht dort die von Hamburg geförderten Projekte und führt u. a. mit dem neuen Bürgermeister, Dr. Róger Gurdián, Gespräche zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaft.